

BESCHLUSS

aus der 7. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 10.02.2022

Öffentliche Sitzung

**17. Zahlung eines einmaligen Betrages in Höhe von 2,5 Millionen Euro VL-10/2022
an die Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises zum
endgültigen Ausgleich von Fehlbeträgen infolge der Aufnahme und
Unterbringung von Geflüchteten im Jahr 2021**

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Knapp. Er stellt den Antrag, dass der Magistrat den HSGB um eine Stellungnahme bittet, wie der HSGB die Chancen sieht, die tatsächlichen Kosten ersetzt zu bekommen und wenn nicht, warum?

Es folgt eine Wortmeldung von Herrn Bailey.

Frau Sacha fragt nach, welche Summen an den MKK gemeldet wurden? Herr Erster Stadtrat Vogel erläutert, dass der Betrag für 2020 gemeldet aber vom MKK nicht berücksichtigt wurde. Der MKK hat ein Jahr übersprungen. Dies wurde auch bereits dort angemerkt und um Prüfung gebeten. Der Buchungsschluss für 2021 war erst am 31.1.2022 und die Zahlen werden nun an den MKK gemeldet.

Herr Warlich, Herr Bürgermeister Bär, Frau Abel und Herr Erster Stadtrat Vogel.

Zunächst lässt der Vorsteher über den Prüfantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Der Antrag wird abgelehnt.

Danach lässt er über den Ursprungsantrag, separat nach Beschlussvorschlag 1-3, abstimmen. Dem Ursprungsantrag wird zugestimmt.

Beschluss:

1. Kenntnisaufnahme des Bewilligungsbescheids vom 23.12.2021 des Main-Kinzig-Kreises, betreffend einer Zahlung eines einmaligen Betrages in Höhe von 121.730,55 Euro, an die Stadt Nidderau. Der Betrag ist einmalig zum endgültigen Ausgleich von entstandenen Fehlbeträgen in dem Jahr 2021 aufgrund der Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen an die Stadt Nidderau zu zahlen.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis zum Prüfauftrag:

Ja-Stimmen:	(13)	SPD (0), Grüne (0), CDU (10), FWG (3), FDP (0)
Nein-Stimmen:	(16)	SPD (10), Grüne (6), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
Enthaltungen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)

Abstimmungsergebnis zum Ursprungsantrag:

Ja-Stimmen:	(16)	SPD (10), Grüne (6), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
-------------	------	--

Nein-Stimmen: (12) SPD (0), Grüne (0), CDU (9), FWG (3), FDP (0)
Enthaltungen: (1) SPD (0), Grüne (0), CDU (1), FWG (0), FDP (0)

Beschluss:

2. Der Magistrat der Stadt Nidderau erklärt ausdrücklich das Einverständnis mit dem Inhalt des Bewilligungsbescheids vom 23.12.2021. Auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Bescheid vom 23.12.2021 wird der Magistrat der Stadt Nidderau verzichten.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: (16) SPD (10), Grüne (6), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
Nein-Stimmen: (12) SPD (0), Grüne (0), CDU (9), FWG (3), FDP (0)
Enthaltungen: (1) SPD (0), Grüne (0), CDU (1), FWG (0), FDP (0)

Beschluss:

3. Mit der Zahlung des einmaligen Ausgleichsbetrages sind sämtliche Forderungen betreffend Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen, gleich aus welchem Rechtsgrund, ob bekannt oder unbekannt, für das Haushaltsjahr 2021 endgültig abgegolten. Davon unberührt bleiben die regulären Leistungsansprüche sowie die reguläre Kostenerstattung nach dem Landesaufnahmegesetz.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: (16) SPD (10), Grüne (6), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
Nein-Stimmen: (12) SPD (0), Grüne (0), CDU (9), FWG (3), FDP (0)
Enthaltungen: (1) SPD (0), Grüne (0), CDU (1), FWG (0), FDP (0)